№ 343
A 183 Sonntags-Ausgabe.

Berlin

Sonntag, 11. Juli 1920

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Einzelne Nummer
30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66⅔% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich f. d. Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): i. V. Dr. W. H. Edwards in Bln.-Wilmersdorf
Unverlangte Manuskripte werd. nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 bis 11852, sowie 15277 und 15281 bis 15298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Kommissionsberatung der Kohlenfrage.

Simons Entschädigungsvorschlag.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

ar **Spa**, 10. Juli.

Die heutige Nachmittagssitzung hat anscheinend einen völligen Umschwung in der Situation herbeigeführt, und zwar einen Umschwung zum Bessern, der vielleicht entschieden werden kann. Sein Wesen wird von den meisten Beobachtern in der Tatsache gesucht werden, daß der französische Ministerpräsident, der, wie schon früher angekündigt, als Wortführer der Entente in den Wirtschaftsfragen auftrat, sich eines besonders freundlichen und entgegenkommenden Tones befleißigt hat. Man wird ferner vielfach geneigt sein, den Umschwung dadurch charakterisiert zu sehen, daß die Kohlenfrage, die nach den gestrigen Erklärungen der Alliierten durch Annahme oder Ablehnung der vier Forderungen der Entente ihre Erledigung finden sollte, nunmehr doch weiterberaten wird und an eine Kommission von Sachverständigen verwiesen worden ist. Diese Tatsachen sind zweifellos von symptomatischer Bedeutung, aber sie sind nicht die Hauptsache.

Das wesentlichste Ereignis des Tages ist vielmehr, daß die deutsche Delegation durch ihren Wortführer, Dr. Simons, im Gegensatz zu manchem, was bisher geschehen war, unaufgefordert mitgeteilt hat, sie wünsche den Alliierten einen konkreten Vorschlag in der Wiedergutmachungsfrage zu unterbreiten. Das Programm der deutschen Regierung ist fertig und wird morgen schriftlich, und zwar sowohl in französischer wie in englischer Sprache den Alliierten übergeben werden. Dieses Programm ist die Summe jener Vorschläge zur Wiedergutmachungsfrage, die Deutschland schon vier Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages hätte machen sollen. Das Recht zu solchen Vorschlägen ist die wichtigste Konzession, die in Versailles erzielt worden ist.

Die bisherigen Regierungen seit dem Sommer 1919 haben es nicht verstanden, von diesem Recht irgendwelchen Gebrauch zu machen. Der neue Minister des Aeußern, Dr. Simons, hat es sofort für sich in Anspruch genommen und damit hoffentlich eine Grundlage geschaffen, die geeignet ist, die wirtschaftliche Verständigung zwischen den bisher gegnerischen Staaten und damit die wirtschaftliche Aufrichtung von ganz Europa zu fördern.

Dr. Simons hat in der heutigen Sitzung sofort die Grundlinien seines Wiedergutmachungsprogramms entwickelt. Er erklärte die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, eine Gesamtsumme für die Wiedergutmachung festzusetzen, ferner Annuitäten für deren Zahlbarkeit, und endlich ein System zu schaffen, wodurch im Falle einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands die Zahlungen erhöht werden sollen. Der Minister betonte die Schwierigkeiten, die einer solchen Regelung im Augenblick noch entgegenstehen, die Unsicherheit über die künftigen Reichsgrenzen, über die künftige Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens und die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, wenn die alliierten Staaten an der deutschen Schuld beteiligt werden sollen. Ferner habe Deutschland, um ein derartiges Wiedergutmachungsprogramm auszuführen, Finanzhilfe nötig.

Lloyd George machte den Zwischenruf: „Die brauchen wir alle!"

Minister Simons betonte ferner die Notwendigkeit, in hohem Maße die deutschen Sachleistungen in das Wiedergutmachungsprogramm hineinzuarbeiten. Endlich erklärte er sich bereit, die notwendigen Garantien zu gewähren und zwar für die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands dergestalt, daß die Souveränität des deutschen Reiches dadurch nicht angetastet werden soll. Außerdem sollen auch für die Sachleistungen Garantien gegeben werden und zwar in folgender Weise:

Die Sachleistungen Deutschlands an die Alliierten zerfallen:

1. in Kohlenlieferungen,
2. in die Wiedergutmachungen für die Zerstörungen und sonstigen Schäden.

Diese Schäden sind in Listen verzeichnet, die der deutschen Regierung durch die Wiedergutmachungskommission übergeben worden sind und jetzt der Prüfung unterliegen. Darnach werden die Sachleistungen zur Wiedergutmachung von Schäden in zwei Gruppen eingeteilt werden:

a) in Speziallieferungen,
b) in Katalogwaren.

Die Spezialliefernngen werden durch die Fachverbände an die einzelnen Industrien vergeben werden, wobei die Fachverbände nach gesetzlicher Festlegung als Leistungsverbände auftreten werden. Die Katalogwaren werden von der Reichsausgleichstelle an die Landesverteilungsstellen übergeben, die die Leistungen auf die einzelnen Gewerbe verteilen. Auch hier treten die gewerblichen Verbände als Leistungsverbände mit einer gewissen Gewähr für die Lieferungen auf. Insbesondere soll dafür gesorgt werden, daß keinerlei Verzögerung in der Lieferung eintritt. Zu diesem Zweck wird von der deutschen Regierung Vorsorge getroffen werden, daß die einzelnen Lieferanten mit den Geschädigten, für die sie zu arbeiten haben, in Verbindung treten.

Minister Simons kam dann in seiner Rede auf die Frage des Wiederaufbaues in engerem Sinne zu sprechen. Er ging von der Tatsache aus, daß die einzelnen Leistungen für das Konto der Wiedergutmachung nach keine Sicherstellung der Wiederherstellung Frankreichs in wirtschaftlichen Dingen gewährt, da vielfach die Geschädigten es vorziehen werden, mit den erhaltenen Waren oder mit dem ihnen ausgezahlten Geld an einer anderen Stelle ihren Wohnsitz aufzuschlagen.

Solange die zerstörten Gebiete aber bleiben, wird auch der Haß gegen die Zerstörer nicht verschwinden. Obwohl die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Ostdistrikten im Friedensvertrag nicht vorgesehen ist, und obwohl deshalb die deutsche Delegation kein Recht besitze, einen Plan für einen solchen Aufbau vorzulegen, wolle der Minister immerhin auch in dieser Hinsicht eine Anregung geben. Er glaube, daß der Wiederaufbau des zerstörten Nordfrankreich als Siedlungs-Unternehmen auf kooperativer Grundlage vorgenommen werden müsse, und zwar nach gemeinnützigen Grundsätzen, also ohne hohe Unternehmergewinne mit Anziehung der Arbeiter zu der Leitung des Unternehmens und mit einer Kontrolle, die nach gemeinnützigen Grundsätzen angewendet werden müsse.

Dieser Vorschlag wird, ebenso wie das eigentliche Wiedergutmachungsprojekt schriftlich skizziert und morgen den Alliierten vorgelegt werden.

Diese Rede des Ministers Simons hat, wie ich höre, in alliierten Kreisen jedenfalls auf französischer Seite, einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht. In der Sitzung selbst hat sowohl Lloyd George wie Millerand die Rede mit großem Interesse verfolgt und Millerand hat in kurzen, aber mit großer Freundlichkeit betonten Worten gesagt, daß einzelne Ausführungen des Ministers Anregungen gegeben vorweg genommen hätten, die die französische Delegation zu machen beabsichtigt hätte. Uebrigens war, wie schon erwähnt, die ganze Sitzung auch von der Rede Simons auf einen bedeutend freundlicheren Ton gestimmt als die Vormittagssitzung.

Nachdem Millerand in gewissen Einzelheiten gegen Simons polemisiert hatte, führte er mit großer Wärme aus, es sei keineswegs die Absicht der Alliierten, Deutschland zu bestrafen. Vielmehr wünschen sie, daß die deutsche Wirtschaft bald wieder auf ihre einstige Höhe zurückkehren möge, unter der einen Voraussetzung, daß Deutschland sich nicht seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen entziehe. Insbesondere sei es sein lebhafter Wunsch, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sich so friedlich wie nur möglich gestalten möchten.

Wahlen in Petersburg.

lw **Kopenhagen**, 10. Juli.

Die „Krasnaja Gazetta" berichtet folgende Resultate von den jetzt abgeschlossenen Wahlen in Petersburg. Im ganzen wurden 2214 Vertreter gewählt, darunter 1579 Kommunisten, 68 Kommunisten-Kandidaten, 463 Parteilose, 5 Menschewisten, 2 Anarchisten und 17 Sozialrevolutionäre. Die Studenten, die zum ersten Mal an den Wahlen teilnahmen, wählten 12 Parteilose und 7 Kommunisten. Die sogenannten Parteilosen haben bereits ihre erste Sitzung abgehalten, in der als die Hauptaufgabe des Landes der Abschluß des Krieges, Reinigung der Verwaltung von schlechten Elementen und die Durchführung fester Arbeitsdisziplin bezeichnet wurde.

*

Bei diesen Wahlen handelt es sich in Wirklichkeit zum großen Teil um förmliche Ernennungen durch die bolschewistischen Machthaber. Vielfach wird Wählern, die im bolschewistischen Sinne als unzuverlässig gelten, das Wahlrecht aberkannt, während bolschewistischen „zuverlässigen" Elementen auf den verschiedensten Wegen Privilegien derart gewährt werden, daß sie ein mehrstimmiges Wahlrecht erhalten, da sie in verschiedener Eigenschaft wählen können. Nach dieser Prozedur ist der bolschewistisch gereinigte Wahlausfall selbstverständlich.

Von Versailles nach Spa.

Von

Georg Bernhard.

Die Regierung, die augenblicklich in Spa verhandelt, hat einen schweren Stand. Nicht allein wegen der Gegner, die sie dort vorfindet, sondern mehr noch wegen der Sünden ihrer Vorgänger, die auf ihr lasten. Die Versailles sein Gepräge durch die Unterlassungen vom Waffenstillstand bis zum Tag der Friedensverhandlungen erhielt, so ist die Konferenz von Spa durch das gekennzeichnet, was zwischen der Friedensunterzeichnung in Versailles und heute unterlassen und was in San Remo gesehlt worden ist. Dieselbe Wolke von Täuschungen und Illusionen, die seit der Waffenstillstandsbitte an Wilson die Hirne in Deutschland umnebelt, lastet noch immer auf dem armen Lande, dessen Volk sich nach dem Zusammenbruch laut und heftig darüber beklagte, betrogen worden zu sein. Es hat niemand und keine Volksgemeinschaft ein Recht, sich über dauernde Täuschungen zu beklagen. Denn ohne eigenes Verschulden ist niemand dauernd zu betrügen. Aber der Betrug ist für die meisten ein traumumwundenes Narkotikum. Es ist so bequem, die Wahrheit nicht zu hören und dann auch noch hinterher irgendeinen anderen als Betrüger beschimpfen zu können. Das deutsche Volk ist selbst nach Versailles nicht aus seiner Selbsttäuschung erwacht. Und es ist den Weg nach Spa gegangen wie ein Traumwandler, eingehüllt von den wohltuenden Lügen aller Regierungen seit Versailles. In diesen Regierungen saßen zum großen Teil gerade diejenigen Männer, die nicht laut genug die kaiserlichen Regierungen des Volksbetruges beschlagen konnten. Und gerade sie haben, um ihre völlige Ideen- und Tatenlosigkeit zu verdecken, als Minister nichts anderes getan, als das Volk in die Irre und immer näher an den Abgrund zu führen.

Es gab für alle diese Regierungen nur eine Aufgabe: Schluß zu machen mit den Methoden der Vergangenheit, und eine praktische, ehrliche Politik des Wiederaufbaus zu betreiben. Für diesen Wiederaufbau konnten nur diejenigen als Bundesgenossen gelten, die ebenso wie Deutschland dem Verderben ausgeliefert waren, wenn nicht der Zusammenschluß der Staaten des europäischen Kontinents zu gegenseitiger Hilfeleistung gelang. Das gleiche genossenschaftliche Prinzip kam gleichermaßen für den Wiederaufbau Deutschlands und den Wiederaufbau Europas in Frage. Die Gefühle der Völker gegeneinander mußten schweigen, wo das nackte Leben dieser Völker in Frage gestellt war. Ganz Europa glich einem Schiff in schwerer See, wo jeder Mannschaft jeder sich selbst half, indem er das Schiff über Wasser zu halten trachtete. In dieser Lage hatte Deutschland kein Recht, sittliche Forderungen an andere zu stellen, sondern mußte sie zunächst sich selbst auferlegen. Es hatte sich aufzurichten, es hatte Vorschläge für die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu machen, und erst, wenn solchen positiven Vorschlägen gegenüber die Welt taub blieb, durfte es sich darüber beklagen, wenn das Wrack durch das Verschulden der anderen sank. Diese dessen sind solche Vorschläge nicht gemacht, sind Anstalten zu positiver Aufbauarbeit unterblieben. Dafür aber hat man die Zeit mit Protesten verschwendet, und hat diese Proteste noch als politisches Mittel angesehen, Mitleid und Hilfe von denjenigen, die der deutschen Mitarbeit nicht bedürfen, gegen diejenigen zu erlangen, die in West und Süd dem Deutschen Reich benachbart und auf Deutschlands Mitarbeit angewiesen sind.

Eine der großen Irreführungen hat in Spa zu verhängnisvollem Auftakt geführt. Die deutsche Regierung hat die militärischen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht erfüllt. Daß deren Erfüllung zu Schwierigkeiten führen mußte, ist an sich gewiß richtig, war aber in erster Linie eine Folge der Interessenlosigkeit der bisherigen Regierungen, die Deutschland in ein wirtschaftliches Chaos gestürzt hatten. Die Erleichterung der Durchführung der Entwaffnungsverpflichtung war von einsichtigen Politikern auch nur mit Hilfe derjenigen Mächte zu erwarten, die an der Neuordnung der deutschen Wirtschaft ein Mitinteresse hatten. Statt dessen ist in dem deutschen Volke mit Regierungshilfe die Hoffnung gepflegt worden, daß Englands Unterstützung das Heer von 200 000 Mann und die übrigen Waffen dem Deutschen Reich erhalten würde. Auf die Einflüsterung von englischer Seite ist die verhängnisvolle Militärnote in San Remo überreicht worden. Der Mißerfolg, der damit erzielt wurde, hat aber der Regierung nicht die Augen geöffnet. Auch vor Spa ist wieder durch englische Kreise in Berlin die Zuversicht tatkräftiger Unterstützung Englands gegeben worden. Und mit erschreckendem Erstaunen erfuhren plötzlich die amtlichen Stellen, daß „England sich in der Entwaffnungsfrage hinter Frankreich gestellt habe."

Aber diese etwas späte Erkenntnis erfaßte noch gar nicht die Situation in ihrer ganzen Schärfe. Es steht fest, daß Frankreich seine Stellung in der Entwaffnungsfrage von den Bürgschaften abhängig machen wollte, die die deutschen Delegierten in Spa in der Kohlenfrage und für Deutschlands Beihilfe in der Wiedergutmachung geben würden. Erst am letzten